

STADTUMSCHAU



Der Bremer Keramikmarkt findet am kommenden Wochenende in den Wallanlagen gegenüber der Kunsthalle statt. Für eine Sonderausstellung auf dem Markt haben über 40 Werkstätten Keramikfiguren zum Thema „tierisch gut“ hergestellt. Geöffnet ist am Sonnabend von 10 bis 18 Uhr, am Sonntag ab 11 Uhr.

Eine Party für Frauen veranstaltet Belladonna am Sonnabend, 20. Juni, ab 21 Uhr im Bürgerhaus Weserterrassen, Osterdeich 70b. Eintritt: 8 Euro.

Zum Tag der offenen Tür lädt das Seniorenbüro Bremen, Breitenweg 1a, für Sonnabend, 20. Juni, von 10 bis 16 Uhr ein. Der neue Halbjahreskatalog wird vorgestellt. Außerdem informieren ehrenamtliche Mitarbeiter über Computer- und Internetkurse, begleitete Reisen und Tagesfahrten sowie über Angebote zur aktiven Lebensgestaltung. Näheres unter Telefon 320549.

Um „Kriegstraumata“ geht es in einem Symposium am Sonnabend, 20. Juni, ab 14 Uhr im Haus im Park, Züricher Straße 40. Veranstalter ist unter anderem die Georg-Elser-Initiative.

Der Hafen im Wandel der Zeit ist Thema einer Stadtführung von Arttours am Sonntag, 21. Juni. Sie beginnt um 14 Uhr am Haupteingang der Kirche St. Stephani.

Das Thema „Bürgerhaushalt“ steht im Mittelpunkt einer Veranstaltung des Finanzressorts am heutigen Donnerstag im „Haus des Reichs“, Rudolf-Hilferding-Platz 1. Ab 10 Uhr geht es um die Frage, wie Bürger mehr Einfluss auf die Verteilung öffentlicher Mittel nehmen können.

Auf die Spuren von „Gräfin Emma und anderen Emanzen“ begibt sich der Verein für Niedersächsisches Volkstum/Bremer Heimatbund am Sonnabend, 4. Juli. Es geht zum Gut der Gräfin Emma in Bochum-Stiepel. Anmeldung unter Telefon 302050.

Ein „Baumcircus“ wird am Sonntag, 21. Juni, von 15 bis 18 Uhr im Park des Klinikums Bremen-Ost, Züricher Straße 40, veranstaltet. Kinder und Erwachsene können in den Bäumen klettern und schaukeln.

Am bundesweiten Cochlea-Implant-Tage findet auch in Bremen eine Informationsveranstaltung rund um das Thema „Taub und trotzdem hören“ statt. Am Sonnabend, 20. Juni, informiert die CI-Gruppe Bremen von 11.30 bis 15 Uhr auf dem Marktplatz.

Highlights im Übersee-Museum beleuchtet eine Führung am Sonntag, 21. Juni, ab 15 Uhr. Eine Kinderführung „Safari um den Globus“ beginnt um 12 Uhr.

Parlament stimmt Bildungsreform zu

Von Michael Brandt

Bremen. Bildungssenatorin Renate Jürgens-Pieper (SPD) sprach am Rednerpult von einem historischen Augenblick. Die Bürgerschaft hat gestern mit der Stimmenmehrheit von SPD, Grünen und CDU die Reform des Bildungswesens auf den Weg gebracht. Ziel ist es, die Schullandschaft bis zum Jahr 2020 umzustrukturieren. Das entsprechende Gesetz passierte in zweiter Lesung das Parlament, Linke und FDP stimmten dagegen.

Das neue System soll ab 2010 langsam wachsen. Künftig gliedert sich die Schule dann in zwei Säulen: die reinen Gymnasien und die Oberschulen, an denen alle weitgehend gemeinsam unterrichtet werden. Neu hinzugekommen ist seit der zurückliegenden Bürgerschaftsdebatte das, was die Fachleute als „Inklusion“ von Schülern mit Förderbedarf bezeichnen.

Kerngedanke der Inklusion ist es, eine Schule zu schaffen, die den Bedürfnissen aller gerecht wird. Die Förderzentren sollen aufgelöst und stattdessen an den meisten Schulen Zentren zur Unterstützung von Schülern mit Förderbedarf eingerichtet werden. Jürgens-Pieper bezeichnete den Schritt als „weitgehende Auflösung des Sonderschulwesens“. Bremen übernehme eine Vorreiterrolle; „das sollten wir heute nicht kleinreden“.

Der SPD-Bildungspolitiker Mustafa Güngör erklärte gestern, dass die Berufsschulen – anders als bisher geplant – nicht Teil der Oberschulen sein sollen. Er kündigte außerdem an, dass es auch künftig Schulentwicklungspläne geben werde. Björn Fecker (Grüne) stützte das Gesetz und die Änderungsanträge der Koalition. Aufgabe sei es nun nach der Sommerpause, den Gesetzestext mit Leben zu füllen.

Claas Rohmeyer, bildungspolitischer Sprecher der CDU, betonte, dass sich seine Fraktion eine klare Trennung der Abiturwege gewünscht hätte: Abitur nach 13 Jahren an den Oberschulen, nach zwölf Jahren am Gymnasium. Das würtze er mit der Bemerkung in Richtung SPD-Fraktion: „Sie sollten ihre Angst vor dem Gymnasium überwinden.“

Bürgerstiftung sammelt 240 000 Euro für den Rhododendronpark



240 000 Euro bekam Umweltsenator Reinhard Loske (Grüne) gestern symbolisch für den Rhododendronpark überreicht. Teil der Spende ist auch eine Bank, die von Wolfgang Klunker, Hans-Christian Hoppensack (beide von der Stiftung Bremer Rhododendronpark), Senator Reinhard Loske und dem Stiftungsvertreter Thorsten Roth (von links) getestet wurde. FOTO: JOCHEN STOSS

Von Britta Schleßelmann

Bremen. Es ist keine Schande, reich zu sein; es ist nur eine Schande, reich zu sterben. Mit diesem humorvollen Aufruf hat die Bürgerstiftung Bremen wohlhabende Bremer um Geld gebeten – und Erfolg gehabt. Von 2006 bis 2008 sammelte die Bürgerstiftung über 240 000 Euro für den Rhododendronpark.

Die Höhe der einzelnen Spenden fiel dabei sehr unterschiedlich aus: Einige Großspender gaben 50 000 Euro, andere überwiesen monatlich fünf Euro. „Das hat zum Beispiel eine Dame gemacht, die den Park als ihren erweiterten Vorgarten sieht und so zum Erhalt beitragen wollte“, sagte Hans-Christoph Hoppensack vom Vorstand der Bürgerstiftung.

Die gestiftete Summe wurde gestern Reinhard Loske, Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa, mit einem symbolischen Scheck überreicht. Tatsächlich wurde das Geld aber bereits in den vergangenen Jahren für Unterhalt und Pflege des Parks ausgegeben. Zuletzt kauften Stiftungsvertreter eine massive Bank für den Rosengarten. Hoppensack freute sich besonders darüber, dass aus dem Rhododendronpark eine eigene Stiftung geworden ist. Dies sei nur durch die Spende einer Bremer Kaufmannsfamilie in Höhe von zehn Millionen Euro und durch die 19,75 Millionen Euro von der Stadt Bremen möglich geworden.

Die Bürgerstiftung Bremen gibt es seit 2002. Hintergrund für die Spendenaktion für den Rhododendronpark waren Pläne aus dem Jahr 2006, Eintritt für den Parkbesuch zu verlangen.

CDU: Ausschuss soll nicht an uns scheitern

Ausreichende Stimmenzahl für parlamentarische Untersuchung der „Havenwelten“ ist demnach gesichert

Von Wigbert Gerling

Bremen. Die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Kostenexplosion beim Bau der „Havenwelten“ in Bremerhaven ist offenbar sicher. Dies ergibt sich aus der Logik, die gestern in der Bürgerschaft fraktionsübergreifend bestätigt wurde. Die Linkspartei bringt demnach, wie sie betont, auf jeden Fall einen Antrag zur Gründung dieses Ausschusses ein. Und die CDU versichert, dass sie dann die Stimmen beisteuert, die nötig sind, um die vorgeschriebene parlamentarische Unterstützung zusammenzubekommen.

Mit gut 290 Millionen Euro war die Touristenattraktion „Havenwelten“ im Bremerhavener Gebiet Alter/Neuer Hafen ursprünglich kalkuliert – nun werden 50 oder gar 60 Millionen Euro zusätzlich gebraucht. Vor diesem Hintergrund – der um eine stattliche Kostensteigerung auch beim Klimahaus ergänzt wurde – keimte die Forderung nach einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss in der Bremischen Bürgerschaft.

Gestern wurde in einer aktuellen Stunde des Parlaments über die Finanzpolitik der Seestadt diskutiert. Am Vortag hatten die Abgeordneten Monique Troedel und Peter Erlanson von der Linkspartei in einer öffentlichen Erklärung betont, nun seien sie den „Bremerhavener Finanzfilz“ leid. Sie baten die anderen Fraktionen um Unterstützung, damit ein Untersuchungsausschuss eingerichtet werden kann. Notwendig ist dazu

ein Votum von einem Viertel der Bürgerschaft, das heißt konkret von 21 Abgeordneten. Da die Linkspartei aber lediglich über sieben Mandate verfügt, braucht sie eine Flankierung anderer Fraktionen.

Die CDU ist mit 23 Abgeordneten die weitest starke Oppositionspartei. Fraktionschef Thomas Röwekamp bestätigte gestern, die CDU werde die fehlenden Stimmen beisteuern, wenn der Antrag auf Einsetzung des Ausschusses gestellt werde. Die Christdemokraten würden zwar selbst keinen Antrag einbringen, aber an ihren Stimmen werde die Einsetzung des Ausschusses nicht scheitern.

Demnach ist das weitere Verfahren vorgezeichnet: Die Linkspartei hat bereits die anderen Oppositionsfraktionen angeschrieben und zur Vorbereitung des Untersuchungsausschusses einen Gesprächstermin vorgeschlagen. Gleich nach der parlamentarischen Sommerpause, voraussichtlich im August, soll der Antrag in die Bürgerschaft eingebracht werden. Er ist die Grundlage dafür, dass das Kontrollgremium des Parlaments seine Arbeit aufnehmen und die Vorgänge in Bremerhaven durchleuchten kann.

Im Hintergrund wird derzeit bereits engagiert diskutiert, wie der Ausschuss inhaltlich ausgestaltet werden kann. Unter anderem geht es dabei um Fragen, wie die Themen genau umrissen werden können und

welche Fraktionen den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden stellen, wer also bei den Anhörungen der Zeugen eine vorrangige Fragemöglichkeit hat.

Im Plenarsaal wurde unterdessen gestern die aktuelle Stunde aufgerufen, die von der CDU beantragt worden war. Thema: „Konsolidierung statt Blamage – auch Bremerhavener SPD-Oberbürgermeister muss sich an Sparanstrengungen beteiligen.“ Damit spielten die Christdemokraten auf das jüngste Verhalten des Bremerhavener Oberbürgermeisters Jörg Schulz an. Der hatte ein Treffen ignoriert, zu dem Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) sowie Bürgermeisterin und Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne) ins Rathaus eingeladen hatten, um die schwierigen finanzpolitischen Perspektiven des Bundeslandes

»Wir sind auf dem richtigen Weg – er hat nur holprig begonnen.«

Jens Böhrnsen (SPD),
Bürgermeister

und die Chancen einer Haushaltsstabilisierung zu beraten. Gekommen war der Bremerhavener CDU-Bürgermeister Michael Teiser, nicht aber Sozialdemokrat Schulz. Der war aber am gleichen Tag später in einer Sitzung der Grünen gesehen worden.

Der CDU-Abgeordnete Wolfgang Schrörs, nannte es „unverständlich“, dass der Oberbürgermeister „sich dem Termin im Rathaus verweigert“ habe. In Bremerhaven steige die Verschuldung geradezu „rasant“, die Ausgaben für Zinsen, Personal und Soziales gingen in die Höhe – Grund ge-

nug, um die haushaltspolitischen Perspektiven in einem Gipfeltreffen mit den Bürgermeistern aus Bremen und Bremerhaven auszuloten. Es stelle sich die Frage, „ob Schulz überhaupt willens ist, den Weg der Sanierung zu meistern“.

Klaus Möhle (Grüne) nannte es „nicht richtig“, dass Schulz geschwänzt habe. Ein Benimm-Wächter wie Freiherr Adolph Knigge würde sich womöglich grämen. Das eigentliche Problem aber seien die Kostensteigerungen bei den „Havenwelten“. Er unterstützte den Vorschlag, nun einen Sonderermittler mit einer Prüfung zu beauftragen, fügte aber auch hinzu: „Es kann sein, dass dann ein Untersuchungsausschuss sinnvoll ist.“ Er warb ebenso wie FDP-Fraktionschef Uwe Woltemath dafür, gleichwohl keine Gräben zwischen Bremen und Bremerhaven zu schaffen. Beide Städte müssten sich der Sanierung im Schulterschluss widmen.

Sozialdemokrat Martin Günthner wandte sich gegen den Eindruck, Bremerhaven verweigere sich den Sparbemühungen. Auch er warb dafür, dass sich die beiden Städte „nicht auseinandertreiben lassen“.

Schließlich erklärte Bürgermeister Böhrnsen, er habe sich „geärgert“, dass Schulz „den Termin nicht wahrgenommen hat“. Es sei verabredet worden, dass vierteljährlich solch ein Gipfeltreffen angesetzt werde. Der Bremerhavener habe zugesagt, dass er dem auch komme. Böhrnsen: „Wir sind auf dem richtigen Weg – er hat nur holprig begonnen.“

Kontrolle und Dialog

Bettina Sokol über die Aufgaben des Landesrechnungshofs

Mit 67 Stimmen hat die Bürgerschaft gestern Bettina Sokol (parteilos) zur Präsidentin des Landesrechnungshofs gewählt. Jedoch erst im zweiten Anlauf: Beim ersten Versuch war das Wahlverfahren unklar. Deshalb waren derart viele Stimmen ungültig, dass der Parlamentsvorstand entschied, die Wahl zu wiederholen. Elke Gundel sprach mit der 49-jährigen Juristin über ihr neues Amt, das sie am 1. August antritt.

Frage: Mit was für einer Rechnungshof-Präsidentin bekommen es die Bremerinnen und Bremer zu tun?

Bettina Sokol: Mit einer Präsidentin, die zunächst einmal zuhört, sich mit der Situation in der Dienststelle vertraut macht, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort kennenlernen will und mit ihnen überlegen möchte, wie die Arbeit des Rechnungshofs am besten zu leisten ist.

Wie sehen Sie die Aufgabe des Rechnungshofs? Überwacher oder Begleiter?

Man muss das eine tun, ohne das andere zu lassen. Kernaufgabe des Rechnungshofs ist eine Kontrolle der Haushaltsführung im Nachhinein. Ich denke aber, dass auch eine Begleitung von Reformprozessen, eine zeitnahe Prüfung und die Beratung zunehmend Bedeutung gewinnen; das wäre mir wichtig.

Welche Eigenschaften braucht eine Rechnungshof-Präsidentin unbedingt?

Unabhängige Einrichtungen wie der Rechnungshof müssen eine Gratwanderung meistern: Einerseits überprüfen wir, ob bei der Haushaltsführung die Gesetze eingehalten werden – und damit machen wir uns nicht nur Freundinnen und Freunde. Andererseits müssen wir einen konstruktiven Dialog führen, damit wir durch fachkundige Beratung und Empfehlungen im Vorfeld darauf hinwirken können, gesetzeskonforme Verhältnisse zu erreichen.

Welche Bereiche sind besonders anfällig dafür, öffentliche Mittel zu verschwenden oder in anderer Form falsch einzusetzen?

Generell gilt: Je höher die Summen und je komplizierter die Verfahren sind, wie das Geld eingesetzt werden muss, desto größer ist die Fehleranfälligkeit. Ich denke da zum Beispiel an Ausschreibungen bei Großvorhaben.

Bremen ist pleite. Stellt die hiesige Kassenlage den Rechnungshof vor besondere Probleme?

In allen Bundesländern ist die Finanzlage nicht ganz einfach; Bremen sticht dabei aber noch einmal besonders hervor. Deshalb hat die Frage der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit besonderes Gewicht. Aus dem aktuellen Rechnungshof-Bericht geht hervor, dass Bremen in vielen Bereichen Außenstände hat, die aus unterschiedlichen Gründen nicht eingetrieben werden. Das kann sich das Land angesichts seiner Haushaltsnotlage nicht leisten.

ZUR PERSON



Bettina Sokol (49),

ist in Bremen geboren und hat an der hiesigen Uni Jura studiert. Von 1993 bis 1996 war die Verwaltungsrichterin wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesverfassungsgericht. Seit 1996 ist sie Datenschutzbeauftragte in Nordrhein-Westfalen. Sie ist verheiratet und hat keine Kinder.

Braucht Bremen einen Boysday?

Themen aus der Fragestunde des Landtags

Von Michael Brandt

Bremen. Wie leistungsfähig sind eigentlich die Freiwilligen Feuerwehren? Und ist im Sozialhilfesatz der Anteil für Verhütung ausreichend bemessen? Das waren gestern zwei Themen, als das Bürgerschaftspräsidium des Landtags die Fragestunde aufrief.

Lesetag statt Boysday? Mädchen haben einmal im Jahr die Gelegenheit, sich den Arbeitsplatz ihrer Eltern genau anzusehen und sie dort einen Tag lang zu begleiten, am Girlsday. Und die Jungen? Bildungssenatorin Renate Jürgens-Pieper (SPD) hält offenbar nichts davon, analog dazu einfach einen Boysday einzurichten. Sie brachte gestern während der Fragestunde der Bürgerschaft die Idee ins Spiel, für die Jungs einen speziellen Lesetag zu schaffen. Denn: „Wir haben längst erkannt, dass Jungen einen anderen Zugang zu Lesestoff haben.“ Damit reagierte die Senatorin auf eine Frage der FDP. Der Abgeordnete Magnus Buhler hatte sich erkundigt, wie die Regierung zu einer möglichen Lese-Offensive für Jungen steht. Er griff damit einen Vorschlag des Philologenverbandes auf. Jürgens-Pieper betonte, dass der Geschlechteraspekt bei der Lese- und Lernförderung seinen Niederschlag in der Lehrerausbildung finde. Der Senat habe diese Fragestellung seit der ersten Pisa-Studie auf der Tagesordnung. Schon heute könnten Lesepaten an den Grundschulen und Lese-Clubs als Elemente einer Lese-Offensive für Jungen verstanden werden.

Mäurer will Wehren stärken: „Die Freiwilligen Feuerwehren verfügen über eine leistungsfähige technische Ausstattung.“ Das ist die Einschätzung von Innensenator Ulrich Mäurer (SPD). Deshalb sagt er auch: Selbst bei Großschadenslagen sei das Angebot von Freiwilligen Feuerwehren und Technischem Hilfswerk (THW) ausreichend. Aber das ein oder andere Fahrzeug, hat der

Senator bei seinen Besuchen vor Ort festgestellt, sei in die Jahre gekommen. Mäurer hofft jetzt auf die Beratungen für den Doppelhaushalt 2010/2011, um in dieser Angelegenheit ein Stück voranzukommen. Der CDU-Innenpolitiker Wilhelm Hinners hatte unter anderem nach den Einsatzzahlen des vergangenen Jahres gefragt. Die Wehren sind demnach in der Stadtgemeinde zu 309 Brandsätzen, zu 134 technischen Hilfeleistungen und 93-mal als Ersthelfer gerufen worden. Das THW sei in acht Fällen um technische Hilfeleistung gebeten worden. Besorgt äußerte sich Ulrich Mäurer über die Nachwuchssituation, auch wenn Bremen im Vergleich noch besser dastehe als andere Länder: „Wir sollten dafür sorgen, dass mehr Jugendliche zur Freiwilligen Feuerwehr gehen.“ Die Zukunft der Feuerwehr könne auch nur dann gesichert werden, wenn es gelinge, Jugendliche mit Migrationshintergrund anzusprechen.

Ressort prüft Satz für Verhütung: 2007 sind im Land Bremen 1682 Schwangerschaften abgebrochen worden, im vergangenen Jahr waren es etwas weniger: 1551 Abbrüche. Bremen entstehen durch Kostenübernahmen Ausgaben in Höhe von jährlich mehr als 450 000 Euro. Der Abgeordnete Oliver Möllenstädt (FDP) hatte gefragt: „Hält der Senat die Regelung, wonach die Abtreibungskosten, nicht jedoch die Kosten für Verhütungsmittel von Sozialleistungsempfängern vom Land übernommen werden, für richtig?“ Sozialsenator Ingelore Rosenkötter (SPD) konterte: „Diese Problematik kann nicht über Zahlen und Geldbeträge diskutiert werden.“ Das Sozialressort setzt sich ihren Worten nach derzeit beim Bund dafür ein, zu prüfen, ob im Sozialhilfesatz der Anteil für Verhütung ausreichend sei. Grundsätzlich gebe es keine gesetzliche Regelung, die bedürftigen Frauen die Kostenübernahme für Verhütungsmittel zusichere.